

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung des Monatsheftes der Gewerbe- und Jagdzeitung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellung monatlich 20, durch unsere Mitglieder je nachdem in der Stadt monatlich 10, auf dem Lande 15, durch die Post bezogen vierteljährlich 40, mit Postzusatz 45. Alle Postkonten und Postbelegstellen unsere Mitglieder und Geschäftskunde können jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle Abwesenheit, Abzug oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Empfänger seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitungen oder Abrechnung des Bezugspreises.



Interaktionspreis 20. Für die 6 gebildeten Korrespondenten oder deren Raum, Anzeigen, die 2 halbjährige Korrespondenten 20. Bei Abrechnung und Jahresabschluss entsprechende Preisnachlässe. Bestellungen im nächsten Teil der Zeitungen die 2 gebildeten Korrespondenten 20. Nachweisungs-Geld für 20 Pfg. Anzeigenannahme bis zum 1. März 1922. Für die Abrechnung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist untersagt, wenn der Beitrag durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gestellt.

Ersteilung seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rößig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 167

Donnerstag den 20. Juli 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

Alle Kleinrentner, die weniger als 600 Mark Zinseneinkommen jährlich und alle Kleinverdiener, die weniger als 4800 Mark Einkommen jährlich haben, und keine Rente irgend welcher Art beziehen, wollen sich

Freitag den 21. d. Mts. vormittags 8—1 Uhr

im Zimmer 9 des Verwaltungsgebäudes melden. Wer es versäumt, sich zu melden, muß damit rechnen, bei einer eingeleiteten Aktion nicht berücksichtigt zu werden.

Wilsdruff, am 17. Juli 1922.

1108

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das Garantiefomitee wird in seinem Bericht den Standpunkt vertreten, daß die finanzielle Notlage Deutschlands nicht von der deutschen Regierung allein verschuldet sei.
- In der Schlußsitzung des Reichstages wurde das Gesetz zum Schutz der Republik mit einer Mehrheit von 303 gegen 102 Stimmen angenommen.
- Die Unruhen in ganz Deutschland waren mit Schneefällen im Schwarzwald, schweren Stürmen an der Ostsee und vielen Störungen der Fernsprecheinrichtungen verbunden.
- Der Völkerverbund beschloß, Deutschland zur Entsendung eines Vertreters in die Kommission zur Bekämpfung des Währungshandels aufzufordern.
- In England bestehen schwere Bedenken gegen die weitgehenden Forderungen, die Frankreich in der Reparationskommission gegen Deutschland durchsetzen will.

### Reichstagsferien.

Von einem in der Mitte stehenden Politiker erhalten wir folgende Ausführungen über den einseitigen Abschluß der Reichstagsarbeiten und der Beilegung der innerpolitischen Krise:

Fast sah es so aus, als sollte die Reichstagsession diesmal überhaupt nicht zu Ende gehen. Wohl ist es auch in früheren Zeiten, als der Reichstag noch nicht der eigentliche Souverän des deutschen Volkes war, vorgekommen, daß er bis tief in den Hochsommer hinein zusammenblieb und wichtige Staatsaufgaben zu bewältigen hatte. Dann schoben sich aber zwischen die Wochen, in denen gearbeitet wurde, immer wieder Wochen und Monate, in denen die Volksvertretung sich von den gebildeten Anstrengungen wieder erholen konnte, während man diesmal eigentlich, von geringfügigen Feiertagspausen abgesehen, fast ununterbrochen viele Monate hindurch zusammenblieben mußte. Demzufolge ist auch ein ungeheures Material an Gesetzen, Verordnungen und Verträgen erledigt worden. Aber der Reichstag sieht sich bei aller Abneigung gegen die unaufhörliche Gesetzfabrikation doch öfter als ihm lieb ist der Verpflichtung ausgesetzt, die Akte der Gesetzgebung immer wieder in die Hand zu nehmen, weil auch auf diesem Gebiete eine Zwangsläufigkeit herrscht, gegen die leider kein Kraut gewachsen ist. Sei es, daß es sich um Fragen der inneren Ordnung handelt, sei es um Probleme der auswärtigen Politik, in denen wir ganz und gar von dem überharten Willen unserer Vertragsgegner abhängig sind. Dort sind es namentlich Fragen der Wirtschaftsgesetzgebung, die unaufhörlich wieder aufgeführt und wieder neu in Angriff genommen werden mußten, hier die Auswirkung der sogenannten Friedensverträge, mit der wir uns noch nach Jahren und Jahrzehnten werden herumschlagen müssen.

In allem Wirrwarr dieser schier unerträglichsten Gesetzgebungsarbeit den roten Faden nicht zu verlieren, ist nachgerade nur noch ganz überlegenen Sachkenntnis möglich. Das führt notwendig dazu, die Last der Bureaucratie ins Unermessliche zu vermehren, statt daß wir wirklich einmal frei würden von einem Übermaß an behördlicher Verwaltungstätigkeit, deren Notwendigkeit auch angesichts unserer finanziellen Lage gar nicht mehr zu verantworten ist. So kommt es, daß die sozusagen fruchtbarste Tätigkeit des Reichstages, d. h. diejenige, die auf positive Arbeit gerichtet ist, kaum noch nach Gebühr gewürdigt werden kann, daß vielmehr die allgemeine Aufmerksamkeit sich lediglich auf die berühmten „Großen Tage“ lenkt, die durch weithin hallende Reden, durch grimmigen Hader unter den Parteien, durch scharfe Zusammenstöße zwischen Regierung und Opposition gekennzeichnet werden. An solchen Schauaktionen hat es in den Tagen des verflochtenen Abschnittes des Reichstages gewiß nicht gefehlt; vom Erzberger- bis zum Rathenau-Mord reichte sich eine Redeschlacht an die andere, und wenn schon einmal die Gemüter sich einige Zeit lang beruhigen zu wollen schienen, so war immer bald wieder für neue Aufregung und damit für neue Entfremdung unter den Parteien, die doch allesamt schließlich nur Kinder eines Volkes sind, gesorgt. Selten nur fand das ganze Haus sich an Tagen großer nationaler Trauer zu geschlossenem Kundgebungen zusammen, und wenn schon damit nach außen und nach innen ein nennenswerter Eindruck erzielt wurde, so dauerte es immer nur wenige Tage, bis der leidige Dauerzustand des Jankes und der Selbstzerfleischung wiederhergestellt war. Mehr als einmal drohten die ausgeprägten Leidenschaftlichkeiten so verfahrenen Verhältnisse zu schaffen, daß nur noch der Weg einer Reichstagsauflösung gangbar erschien. In allen diesen Fällen war es insbesondere dem vermittelnden Eingreifen des Reichspräsidenten zu danken, daß man sich schließlich doch wieder zu einigermaßen friedfertiger Schaffen zusammensand. Noch nie wohl ist während einer

Reichstagsession so viel und so oft von Konjunktur gesprochen worden, noch nie sah es um die geordnete Aufrechterhaltung der Geschäftsführung so schlimm bestellt aus wie in diesem Winter-Sommer 1921/1922, noch nie auch hat der Reichstag jemals früher so furchtbare Stürme erlebt wie in diesen Tagen der Sommerjohanniswende, als die Morbidität an Rathenau das ganze Gefüge der Republik bis auf den Grund erbeben ließ.

Aber auch diesmal ist man sich schließlich um des lieben Friedens willen — was man heutzutage in Deutschland eben noch „Frieden“ nennen kann — von beiden Seiten einigermassen eingekommen, sodaß nun wenigstens noch ein kampfloser Abschluß des ganzen Tagungsabschlusses erreicht werden konnte. Übermüdet, abgezehrt und ruhebedürftig bis zum Äußersten gehen die Reichsböden auseinander; ihnen wie dem ganzen Volke ist kein dringenderer Wunsch auf den Weg zu geben, als daß die drei Monate Arbeitsruhe, die sie sich vorgenommen haben, auch bis zum letzten Tage ausgeschöpft werden kann. Von außen her wird es an neuen schweren Belastungsproben für den Zusammenhalt des Reiches in dieser Zeit gewiß nicht fehlen. Möchten dafür wenigstens im Innern die Geister des Friedens und der Versöhnlichkeit wieder die Oberhand gewinnen!

### Das Zentrum als „Verfassungspartei“.

Sehr bemerkenswerte Ausführungen über die politische Rolle, die die Zentrumspartei künftig übernehmen will, macht der Arbeitsminister Braun in der Germania. Er verweist auf die vor drei Wochen gefassten Beschlüsse des Reichstages, die die Zentrumspartei, den grundsätzlich stets vertretenen politischen Charakter der Partei bei den nächsten Wahlen, auch nach außen hin, klar und unabweisbar in die Erscheinung treten zu lassen. Zu dem Zwecke soll eine größere Zahl nichtkatholischer Kandidaten bei den nächsten Wahlen an sicherer Stelle aufgestellt werden. Die Presse der Partei soll fernerhin in ihrem politischen Teil ausschließlich politisch und nicht konfessionell gehalten sein. Die Zentrumspartei will eine deutsche Verfassungspartei sein, die weder vor den Grenzen einer Konfession, noch einer Klasse, noch eines Standes, noch eines Landes halt macht.

Zur bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft macht die Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz folgende Bemerkungen: „Ist der Gedanke an sich durchaus gesund, so wird man sich vor Überreibungen und Übertreibungen doch hüten wollen. Eins steht jedoch heute bereits fest, daß die Selbstständigkeit der Fraktionen im vollen Umfange gewahrt bleibt. Es handelt sich nicht um eine programmatische, sondern um eine taktische Annäherung.“

Der Vorwärts und die Freiheit nehmen zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beide in dem Sinne Stellung, daß künftig an die Stelle der Arbeitsgemeinschaft die Fraktionsgemeinschaft, die Organisationsgemeinschaft treten müsse, kurzum die Wiederherstellung einer einigen und einheitlichen Sozialdemokratie.

### Die Meinung des Garantiefomitees.

#### Der Streit um das Moratorium.

Die Reparationskommission wird voraussichtlich am Donnerstag die Prüfung des Berichts des Garantiefomitees vornehmen und im unmittelbaren Anschluß daran in die Erörterung des deutschen Moratoriumantrages eintreten. Dem „Matin“ zufolge ist damit zu rechnen, daß ein Beschluß erst in 14 Tagen gefaßt wird. Gegen Ende des Monats will Lloyd George mit Poincaré zusammentreffen. Das große Problem ist es, wie die englisch-französische Eintracht in der Reparationsfrage hergestellt werden kann. Der englische offizielle Standpunkt ist nach wie vor, daß der Zahlungsausschub bewilligt werden müsse. Andererseits besteht Frankreich hartnäckig auf seinem Verlangen, daß keine Entscheidung getroffen werden kann, ehe nicht die Reparationskommission ein gewolltes Verlangen Deutschlands

festgestellt hat. Der Garantieausschub wird sich in seinem Bericht über seine Berliner Mission auf den Standpunkt stellen, daß Deutschland tatsächlich das verlangte Moratorium brauche, daß es aber in der Lage sei, größere Sachlieferungen zu machen, als bis jetzt verlangt worden seien. Die französischen Sachverständigen bestehen darauf, daß das Garantiefomitee weitergehende Überwachungsmaßnahmen gegenüber allen Einzelheiten der deutschen Finanz- und Handelsstransaktionen beschließen müsse. Obwohl das Garantiefomitee so gut wie einstimmig Deutschland zum Teil selbst für seine finanziellen Schwierigkeiten verantwortlich machen will, so nimmt man doch an, daß die Reparationskommission diese Verantwortlichkeit nicht als „vorläufig“

betrachten werde. Inzwischen hat der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, die deutsche Regierung von der Entscheidung der französischen Regierung in

kenntnis gesetzt, das Wiesbadener und das Berliner Abkommen über die Sachlieferungen in Kraft zu setzen und zwar mit Wirkung vom 20. Juli. Nach der Ansicht des „Petit Parisien“ wird Frankreich im Laufe des Jahres 1922 nicht mehr in der Lage sein, für 950 Millionen Goldmark Sachlieferungen aufzunehmen. Man schätzt den Betrag der Lieferungen, die noch in diesem Jahre in Frage kommen könnten, auf 200 Millionen Goldmark.

### Selbstmord der Rathenau-Mörder.

Auf Burg Saaleck entdeckt.

Die beiden Mächtigen Mörder des Ministers Dr. Rathenau, der Ingenieur Hermann Fischer und der frühere Oberleutnant zur See Erwin Kern, genannt Knauer, haben sich, ehe sie verhaftet werden konnten, Selbstmord begangen.

Die Missetäter waren Sonntagabend durch Kriminalbeamte auf der Burg Saaleck bei Bad Kösen ermittelt worden. Zwei an Burg Saaleck vorbeigekommene Fremden meldeten, daß sie im Turm der Burg Licht bemerkt hätten und daß nach ihren Feststellungen sich dort die Mörder Rathenaus aufhalten müßten, obwohl der Schriftsteller Dr. Stein, der auf der Burg ein Einfiedlerleben führt, verneint sei. Kriminalbeamte aus Halle begaben sich sofort nach Bad Kösen und versuchten am Montag den Zutritt zu dem abgeschlossenen Turm zu erzwingen. Während Verhärtnungen herbeigeholt wurden, erschienen die beiden Mörder auf der Balustrade vor dem Turm, winkten den an dem Turm Vorüberkommenden zu und brachten ein Hoch auf Ehrhardt aus. Als die Kriminalbeamten um 7 Uhr abends zurückkehrten und die Tür mit Abgeschlossenheit hatten, fanden sie die beiden Mörder mit Kopfschüssen tot auf. Beide trugen die bezeichnete Kleidung.

Wie weit der Schriftsteller Dr. Stein, der inzwischen festgenommen worden ist, mit den Mördern im Einverständnis war, bedarf noch der näheren Feststellung. Man darf aber als ziemlich sicher annehmen, daß Fischer und Kern in der Gegend von Kösen Mitwisser und Helfer gehabt haben. Nicht weit von Kösen liegt ja die malerische Rubelsburg, das alljährliche Ziel des Köfener S. O. (Seniorenkonvent der Korps) und Lieblingsort für Veranstaltungen nationalsozialistischer Art. Die Burg Saaleck wird im Gegensatz zur Rubelsburg fast gar nicht besucht.

Wer erhält die Belohnung?

Von großem Interesse dürfte die Frage nach der Verteilung der auf die Ergreifung der Mörder ausgesetzten Belohnung von 2 Millionen Mark sein. Wird die große Summe jetzt, wo die Mörder sich der irdlichen Gerechtigkeit durch einen freiwilligen Tod entzogen haben, überhaupt noch zur Verteilung kommen? Sollte das der Fall sein, so würde die Billigkeit gebieten, daß wenigstens ein Teil des Geldes der Halleischen Polizei zuziele. Aber es dürften sicher noch viele andere „Anwärter“ in Frage kommen. Denn daß die Mörder überhaupt gefasst werden konnten, ist ja im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sich schließlich halb Mitteldeutschland an der großen Fahndungsaktion direkt oder indirekt beteiligte. Durch die psonmäßige Aufklärung der Landbevölkerung, durch Verbreitung von Handzetteln mit den Bildern und dem Signalement der Gesuchten war es gelungen, die Spuren der Missetäter aufzufinden und den Kreis um das geheime Bild immer enger zu ziehen, bis es ins Garn gehen mußte. Geld und falsche Pässe aus München.

Interessant ist es, zu hören, warum die Täter gerade die Burg Saaleck als Zufluchtsstätte benutzten. Dazu weiß ein Berliner demokratisches Blatt folgendes zu berichten: Es ist festgestellt, daß Kern seinerzeit den Oberleutnant Dittmar aus dem Gefängnis befreit hatte. Demals spionierte er als Unterschlupf für ihn die Burg Saaleck aus, wo Dittmar sich dann auch längere Zeit verborgen hielt. Als Kern und Fischer, von der Polizei verfolgt, keinen Ausweg mehr wußten, dürfte Kern der Gedanke gekommen sein, nach Burg Saaleck zu fliehen.

Wäre die Entdeckung des Schlupfwinkels der Mörder nur einige Stunden später erfolgt, so wären diese wieder entflücht, denn sie hatten, wie festgestellt worden sein soll, bereits durch Telefonführung mit München genommen, und von dort waren schon mehrere Helfer mit Geldmitteln und falschen Pässen nach Burg Saaleck unterwegs. Die Helfer sollten Kern und Fischer auch andere Kleidung bringen und sobald beide, aber getrennt, über die tschechoslowakische Grenze bringen.